



## **ASIEN/INDONESIA - Radikalislamische Gruppen blockieren Bau einer katholischen Kirche**

Jakarta (Fidesdienst) – Christliche und Muslimische Religionsführer äußern sich bestürzt über die heftigen Proteste, die radikalislamische Gruppen in den vergangenen Tagen veranstalteten, um den Bau einer katholischen Kirche in Tangerang im Westen der Insel Java in der Nähe der Hauptstadt Jakarta zu verhindern. Über 200 Mitglieder der „Islamic Defenders Front“ besetzten die Baustelle. Wie die Ortskirche vermutet, wollen die islamistischen Gruppen „eine religiöse Spaltung provozieren“. Nach Angaben der katholischen Pfarrei gibt es für den Bau der neuen Kirche, in der rund 11.000 Gläubige Platz finden sollen, eine reguläre Baugenehmigung. Der Sekretär der bischöflichen Kommission für interreligiösen Dialog, Pfarrer Benny Susetyo, bekräftigt gegenüber dem Fidesdienst, dass eine solche Baugenehmigung seit dem 11. September vorliegt. Der Gemeindepfarrer Paulus Dalu Lubur betont: „Wir haben noch nicht einmal den Grundstein gelegt. Ich verstehe nicht, warum es zu solchen Protestaktionen kommt, da der Bau von allen Religionsvertretern, auch von den Muslimen, gebilligt wurde“. Unterdessen bezeichnet das islamische Forum „Sudimara Pinang“ auf Flugblättern, die in Umlauf gebracht wurden, den Bau der Kirche als „Bedrohung für den Islam“. „Sollte der Bau fortgesetzt werden, werden Christen in den kommenden Jahrzehnten Muslime zum Christentum bekehren“, warnt das Forum. Wie Beobachter dem Fidesdienst berichten, sollen sich muslimische Religionsführer in Tangerang indes von solchen Positionen distanzieren haben. Es sei falsch „religiöse Spannungen zu provozieren“, so die muslimischen Religionsvertreter, die zu Toleranz und friedlichem Zusammenleben aufrufen.

Benedict Roger von der Nichtregierungsorganisation „Christian Solidarity Worldwide“, die in Indonesien die Religionsfreiheit gefährdet und betont nach seiner Rückkehr von einem Besuch in Indonesien: „Während sich viele Indonesier auf allen Ebenen für ein harmonisches Zusammenleben der Religionen einsetzen, tun Präsident Susilo Bambang Yudhoyono und seine Regierung nichts zur Bekämpfung von Intoleranz. Es gelingt es ihnen nicht, religiöse Minderheiten zu schützen, vielmehr wurden in den vergangenen zehn Jahren verschiedene Gesetze eingeführt, die gegen die Religionsfreiheit verstoßen“. (PA) (Fidesdienst, 03/10/2013)